

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gegen Anmaßung und Heuchelei.

Gewerkschaftsantwort an Unternehmerverbände.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber versuchen seit der Reichstagsauflösung dem deutschen Volk zu beweisen, daß die heutige wirtschaftliche Lage die Abkehr von der seit Jahren in Deutschland eingeschlagenen sozialen Richtung bedingt.

In einer gemeinsamen Kundgebung suchen der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eine Preis- und Lohnpolitik zu recht fertigen, die notwendigerweise die

Schwersten Wirtschaftskämpfe nach sich ziehen

muß. Ausgehend von der Schwärzung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit verursachten Notlage unfruchtbarer Welles wendet sich die Kundgebung gegen die bisherige Steuer-, Verkehrs- und Sozialpolitik des Reiches und gegen jede internationale Bindung auf dem Gebiete der Arbeitszeit. Man fordert durchgreifende Erleichterung der die Unternehmungen unmittelbar treffenden Steuern und Verkehrsstarke, die restlose Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitszeit und Verhinderung jeder Lohnsteigerung. Die Erfüllung dieser Forderungen machen die Arbeitgeber zur Voraussetzung für ihre Mitwirkung beim Preisabbau.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer erheben gegen das Vorgehen der deutschen Arbeitgeber entschiedenen Protest. Industrie und Handel sind durch Wiederaufstich unserer Zollhoheit im Westen von erheblichen ausländischen Konkurrenzschwierigkeiten befreit, die Belastungen durch die Ricum-Verträge sind in Fortfall gekommen und die Reparationsleistungen werden im laufenden Jahre durch die Mittel der Anleihe gedeckt.

Alles dies zeigt, daß die deutsche

Industrie jetzt unter erheblich günstigeren Verhältnissen arbeiten kann als vor Schaffung dieser Erleichterungen. Daß sie sich trotzdem zu dieser Kundgebung verstanden hat, beweist in welchem geringen Umfange bei ihr Verständnis für die gerechte Forderung der Arbeitnehmer auf gleichmäßige Verteilung der zu tragenden Kosten vorhanden ist.

Die Gewerkschaften stellen fest, daß alle bisherige steuerliche Erleichterung, auch die Anfang Oktober vorgenommene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2 1/2 auf 2 Proz. und die Ermäßigung der Frachtsätze sich

bisher in keiner Weise preisentend ausgewirkt

haben. Die hierdurch gewonnenen Beträge sind allein den deutschen Unternehmern zugute gekommen.

Die deutschen Arbeitgeber haben sich während der Inflation, indem sie die Steuern in völlig entwertetem Gelde zahlten, der Steuerleistung entzogen. Den größten Teil der Steuern trugen die Arbeitnehmer infolge der einseitig belastenden Lohnsteuer.

Die Arbeitgeber verstanden auch bei der Sanierung der Währung sich schließlich schuldig zu halten, indem sie durch hohe Goldpreise den Konsum in der ungeheuerlichsten Weise belasteten, durch Massenentlassungen die Arbeiter und Angestellten der Arbeitslosigkeit überließen, die Arbeitszeit verlängerten und die Löhne herabsetzten.

Alle Kosten der Deflation wurden auf die Arbeitnehmer abgewälzt, ohne daß dadurch eine Senkung des Preisniveaus eintrat. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter hat sich beständig verringert.

Während sich für die deutschen Arbeitgeber die Lage durch die Festigung der Mark gestärkt und durch Steuererleichterungen gebessert hat, fordern sie jetzt neue Vergünstigungen und bedrohen im Gegen-

satz dazu die Arbeitnehmer mit weiterer Verschlechterung ihrer Lage durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch vermehrten Lohndruck.

Mit Nachdruck wenden sich die Gewerkschaften gegen die Behauptung der Industrie, daß eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit und ein Hinaustreiben der Löhne an der Verteuerung der Produktion schuld seien. Das Gegenteil davon ist erwiesen. Die Arbeitszeit ist seit Jahresfrist schematisch verlängert worden, ohne jedes wirkliche Bedürfnis der Wirtschaft. Die Löhne sind weit unter Friedensstand herabgesetzt, ohne daß eine merkliche Senkung des Preisniveaus eingetreten wäre.

Die Gewerkschaften verlangen eine Arbeitszeit, die ohne dauernden Nachteil der Gesundheit

geleistet werden kann und Raum läßt für die Mitarbeit aller Arbeitsfähigen, und einen Lohn, der den deutschen Arbeiter nicht tief unter den Stand aller Produktionsländer herabdrückt, sondern ausreichend ist für die Erneuerung der körperlichen, geistigen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen.

Insondere ist die Aufrechterhaltung der Zwölfstundenschichten in der Schwerindustrie, in denen die Arbeiter unter hohen Temperaturen, Dünsten, Dampfen oder chemischen Einflüssen leiden, unverträglich mit den Vorbedingungen einer gesunden Wirtschaft, die nicht zuletzt auf einer gesunden und arbeitsfreudigen Arbeiterschaft beruhen.

Dieses System muß zu schweren Wirtschaftskrisen führen, da die Arbeiter dieser Betriebe sich nicht dauernd zu solcher mörderischen Arbeitsweise verflauen lassen.

Die sofortige Einführung des Dreizehnenbetriebes in diesen Industrien halten die Gewerkschaften auf das dringendste geboten. Im übrigen haben die deutschen Arbeiter ein

geheißenes Recht auf den Achtstundentag.

Auch das Washingtoner Abkommen hat der Arbeiterschaft dieses Recht zuerkannt. Die deutschen Gewerkschaften verlangen daher, daß die Reichsregierung ihre wiederholt angeforderte Absicht, dieses Abkommen zu ratifizieren, ausführt.

Die Gewerkschaften sind sich völlig einig, Deutschland wirtschaftlich stark zu machen und so bald als möglich von den ihm auferlegten Lasten zu befreien. Der Weg zu diesem Ziel ist aber ein anderer als der der Arbeitgeber, die im Vollgefühl ihrer wirtschaftlichen Macht die Arbeitnehmer durch ein Diktat zur alleinigen Tragung der Lasten zwingen will. Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß

die Arbeitgeber ihren Teil der Lasten

auf die eigene Schulter nehmen, und daß das Höchstmaß an persönlicher Leistung, das von jedem erwartet werden muß durch eine nicht auf Raubbau eingestellte Arbeitszeit- und Lohnpolitik gesichert wird.

Die Arbeiter und Angestellten werden sich weder durch Versprechungen noch Drohungen in der Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Grundzüge und Erwerbsansprüche beirren lassen. Sie wissen, daß starke Gewerkschaften den besten Schutzwall bilden gegen die wahrlich nicht auf papierernen Kundgebungen beschränkten arbeitserfindlichen Absichten des Unternehmertums.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

gestern noch die Ueberschrift verwendete: „Richterwünsche Gnade“.

Distrepanz! Distrepanz!

Gegen die Versackungspolitik.

Teter, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Vorsitzende der Ausgewiesenen von Rhein und Ruhr, Johann Raß, schreibt unserem Trierer Partiorgan:

„Zur Zeit als es den Ausgewiesenen und Verdrängten von Rhein und Ruhr während ihres Aufenthaltes im Gastland finanziell am schlechtesten ging, wurde der Gedanke der Versackungspolitik in die Debatte geworfen. Im Auftrage des Reichsverbandes der Ausgewiesenen von Rhein und Ruhr hatte ich mit dem dritten Vorsitzenden des Reichsverbandes gerade in diesen Tagen eine Besprechung mit dem preussischen Ministerpräsidenten, Herrn Braun, in der der Ministerpräsident mit aller Deutlichkeit mehrmals die Unzerkennlichkeit der Rheinlande von Preußen betonte und den Ausgewiesenen für ihre Opfer zur Erhaltung der Rheinlande bei Preußen besonders den Dank der preussischen Regierung aussprach. Es ist nichts anderes, als eine absichtliche Täuschung der deutschen Wähler, das Gegenteil zu behaupten.“

Verhaftungen in Aegypten.

Kairo, 27. November. (Reuter.) Die britischen Militärbehörden verhafteten den früheren Unterstaatssekretär des Innern Abdel Rahman bei Fahmi, der im Jahre 1921 in Verbindung mit einer Verschwörungssache gefangen gesetzt worden war und später, als Jaganul Pascha zur Macht gelangte, wieder freigelassen worden war. Verhaftet wurde ferner Makran Ebed, ein herzogtümliches Mitglied der koptischen Bewegung, der Sozial Pascha kürzlich auf seiner Reise nach London begleitet hatte. Die Verhafteten wurden in ihren Betten überrascht. Wohin sie gebracht wurden, ist nicht bekannt.

Vergeßt Preußen nicht!

Von Konrad Haenisch.

Die alles andere überschattende Bedeutung der Reichstagswahlen, von deren Ausgang die Geschicke Deutschlands nicht nur für die nächsten vier Jahre, sondern vielleicht für Menschengalter abhängen und damit zugleich ein gutes Stück der Zukunft Europas, hat das Interesse für die gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum preussischen Landtag naturgemäß stark in den Hintergrund gedrängt. Und doch hängt beides aufs engste zusammen. Wie einst die alten Konserwativen auf dem Umwege über Preußen das Reich beherrschten, so wissen ihre Nachfahren von heute, die Deutschnationalen, sehr wohl, daß selbst ein durchschlagender Sieg im Reich für sie nur ein halber Sieg wäre, wenn es ihnen nicht gleichzeitig gelänge, auch in der preussischen Regierung maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Weit wichtiger als das Reichsministerium des Innern, das heute schon in der Person des Herrn Jarres, ein Mann wenn nicht ihrer Partei, so doch ihres Geistes, inne hat, ist ihnen das preussische Ministerium des Innern. Durch dessen Befehl hoffen sie sich die Verfügung über den ganzen preussischen Verwaltungsapparat und über die preussische Postzeit wieder in die Hände zu spielen — das heißt die entscheidende Gewalt über Preußen und das Reich. Und so ist es nur folgerichtig, wenn in den Wahlfreden und Flugschriften der Rechten der Kampf gegen das verhasste „System Severing“ einen besonders breiten Raum einnimmt.

Damit ist aber auch für die entschieden republikanischen Parteien, insbesondere für die Sozialdemokratie, die Bedeutung des preussischen Wahlkampfes klar umrissen. Je wütender die Rechte gegen die Position Severing anrennt, um so mehr müssen wir unsererseits das Letzte an Kraft aufbieten, um diese Position für die Republik zu erhalten.

Das System Severing! Was die Rechte einen schamlosen Mißbrauch des Innenministeriums für parteipolitische Zwecke zu nennen beliebt, ist in Wahrheit nichts anderes als der immer noch in seinen ersten Anfängen stehende Versuch Severings, den schamlosen Mißbrauch, den das alte Regime viele Jahrzehnte hindurch für die parteipolitischen Zwecke der Rechten mit der inneren Verwaltung Preußens getrieben hat, endlich wieder gutzumachen. Ist es denn wirklich schon vergessen, daß im alten Preußen schlechterdings alle leitenden Beamtenposten den Männern der Rechten vorbehalten waren? Einmal ist (sieht man von den verzeitelten Experimenten im letzten Kriegsjahre ab, als alles schon verloren war) unter Wilhelm II. ein dem äußersten rechten Flügel der Nationalliberalen angehörender Herr, der schwerindustrielle lange Köhler, kurze Zeit Handelsminister gewesen, einmal hat es im alten Preußen einen nationalliberalen Oberpräsidenten gegeben — Bennigsen — und im letzten Kriegsjahre wurde auch einmal ein Nationalliberaler Regierungspräsident; das war der heutige volksparteiliche Landtagsabgeordnete v. Campe und seine Berufung an die Spitze des Regierungsbezirks Minden erregte als ganz ungewöhnliche Konzeption an die Linke“ damals allgemeines Aufsehen. Von diesen drei Ausnahmen abgesehen, die sich zudem über vier Jahrzehnte verteilten, war in der preussischen Verwaltung schlechterdings alles konservativ — vom Minister angefangen bis zum letzten Landrat. Ein Blick in die letzte Vorkriegsstatistik zeigt, daß von den sechsundzwanzig preussischen Oberpräsidenten neun und von den sechsunddreißig Regierungspräsidenten sechsundzwanzig adlig, alle achtundvierzig Herren aber streng konservativ waren. Bei den Landräten war es nicht anders — es gab Regierungsbezirke, in denen diese Herren sämtlich nicht nur konservativ, sondern auch adlig waren. Ein fortschrittlicher oder sozialdemokratischer Landrat, Regierungspräsident, Oberpräsident oder gar Minister wäre im alten Preußen ganz undenkbar gewesen.

Hat nun Severing dieses System etwa umgekehrt, worüber sich die Herren von der Rechten doch am allerwenigsten beklagen dürften? Keineswegs! Von den preussischen Oberpräsidenten sind heute vier, von den Regierungspräsidenten sind sechs, von den Landräten achtundfünfzig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, wozu in ganz Preußen noch elf sozialistische Polizeipräsidenten kommen. Das ist — etwa mit Bayern verglichen — gewiß ein sehr erfreulicher Anfang, den die Republik der Laikraft des Genossen Severing verdankt, aber es ist eben doch nur ein Anfang, wenn man sich vergegenwärtigt, daß z. B. von den siebenunddreißig vorhandenen Landratsämtern in Ostpreußen sich nicht weniger als zwanzig auch heute noch in den Händen ehemals „königlicher“ Beamten befinden, denen nur vier sozialdemokratische Landräte gegenüberstehen. Es gibt Regierungsbezirke, die auch heute noch keinen einzigen oder doch höchstens einen sozialdemokratischen Landrat aufweisen, und zwar nicht nur im Osten, sondern auch im industriereichen Westen und Südwesten Preußens. Ebenso könnten manche Oberpräsidenten und Bezirksregierungen genannt werden, unter deren sechs bis acht Duzend höheren Beamten sich auch heute noch kein einziger Sozialdemokrat und nur ganz vereinzelt einmal ein Demokrat oder Zentrumsmann befindet, während alles andere sich mehr oder weniger offen zur Rechten, oft zur äußersten Rechten, bekennt. Und in manchen Ministerien ist es nicht anders...

So sieht das von der Rechten so angefeindete System Severing in Wirklichkeit aus!

Aber selbst das Benige, was Karl Severing in der zähen und aufreibenden Arbeit von vier Jahren an Durchsetzung der

Distrepanz!

Begriffsverwirrung im Lager des Bürgerblock.

W.B. meldet aus Kassel:

Der Wottin des Generals von Nathusius ist vom Reichsminister Stresemann folgendes Schreiben zugegangen: Wie nunmehr feststeht, hat sich die französische Regierung entschlossen, dem General die Freiheit wiederzugeben und damit das ihm angetane Unrecht wieder gut zu machen. Wenn auch das Gerichtsverfahren auf die Ehre des Generals keinen Schatten geworfen hat, ist es doch eine Genugtuung für uns alle, daß so rasch eine förmliche Rehabilitierung gesichert werden konnte. Ich hoffe, daß die Erinnerung an die sorgenvollen Stunden, die Sie haben durchleben müssen, die Freude des denotfekten Wiedersehens nicht beeinträchtigen wird.

Der Kuffhäuser-Bund nennt in einer Eingabe an die Reichsregierung die Begnadigung eine „weitere Infamie“. Der Außenminister Dr. Stresemann nennt sie eine „förmliche Rehabilitierung“. Damit solidarisiert sich der Außenminister des Deutschen Reiches mit einer Infamie. Dr. Stresemann ist also selbst — in den Augen der Kriegervereinsler — ein infamer Geselle!

Soweit haben wir es in Deutschland gebracht, dank der „waterländischen“ Heymethoden. Die Begriffsverwirrung ist im Lager der Rechtsparteien soweit fortgeschritten, daß die einen für infam halten, was die anderen begrüßen.

Diese „Distrepanz“ — um für das gute deutsche Wort Mißverhältnis das Lieblingsfremdwort des Herrn Stresemann zu gebrauchen — ist besonders stark im Lager der Deutschen Volkspartei. Ihr Führer und „bester Kopf“ erblickt in der Freilassung Nathusius — und mit Recht — eine „Wieder gutmachung des angetanen Unrechtes“ und eine „förmliche Rehabilitierung“, während ihr Zentralorgan, die „Zeit“,

preussischen Verwaltung mit Republikanern hat schaffen können — daß es nur wenig, daß es viel zu wenig ist, haben selbst demokratische Redner bei der jüngsten Beratung des Innenrats kläglich festgestellt — selbst dieses Wenige ist der Reaktion schon viel zu viel. Kommt sie am 7. Dezember in Preußen zur Macht, so wird sie mit allen überzeugten Republikanern in der Verwaltung genau so erbarmungslos aufzuräumen, wie die Deutschnationalen das in Thüringen und in Mecklenburg getan haben. Sollten die Spuren des dort Erlebten die preussischen Wähler nicht schrecken, sollten diese Spuren sie nicht anspornen, das Aeußerste daran zu sehen, um das preussische Innenministerium unter allen Umständen für die Republik und für deren entschlossenste Verteidigerin, die Sozialdemokratie, zu retten? Siegt die Rechte, so macht sie, daran darf niemand zweifeln, auch in Preußen ganze Arbeit. Und hat sie mit der inneren Verwaltung und der Polizei Preußens einmal die entscheidende Macht auch im Reich in der Hand, so gibt sie sie freiwillig nicht wieder her. Politische Machtpositionen sind leicht verloren, aber nur sehr schwer wiederzugewinnen. Denkt an die Geschichte Bayerns seit dem 13. März 1920!

So ist der Kampf um Preußen für die Rechte das Hauptstück im Kampfe um das Reich, in dem sie durch Preußen ihre Macht wieder so fest zu begründen hofft wie einst im Mai der Kaiserkrone. Die Schlussfolgerungen, die wir daraus zu ziehen haben, ergeben sich von selbst.

Die Flut der Verleumdungen.

bleibt kritisch!

Der gegenwärtige Wahlkampf wird von unseren Gegnern in einem Maß, wie es bisher kaum noch erlebt worden ist, mit der Waffe der persönlichen Verleumdung geführt. Die vielfach recht zweifelhaften Existenzen, die heutzutage die Redaktionen der gegnerischen Presse bevollmächtigen, kennen keine moralischen Bedenken. Im Gebrauch geistiger Waffen fehlt ihnen jegliche Übung, eine zugkräftige Wahlsparole gegen die Sozialdemokratie ist nicht vorhanden, die Angst vor einem großen sozialdemokratischen Wahlsieg beherrscht alles.

In dieser Situation denken unsere Gegner: „Helfe, was helfen mag!“ Der Sozialdemokratie im ganzen kann man nichts anhaben, also verfährt man nach dem Wort: „Du kannst im Großen nichts verrichten, so fängst du es im Kleinen an.“ Jeden Tag werden neue Geschichten über einzelne Mitglieder unserer Partei ausgeheckt, um bei gläubigen Lesern den Eindruck zu erwecken, als bestände die Partei aus moralisch minderwertigen Subjekten.

Der „Vorwärts“, der noch andere Dinge zu tun hat, versucht in kurzen Notizen diesen Verleumdungen dazwischenzulegen. Es können aber nicht alle Revolverblätter bei uns gelesen werden, man kann auch nicht allen die Ehre erweisen, sie zu erwähnen. Leider kommt es noch immer vor, daß nach dem Erscheinen solcher Pressezeugnisse aus Parteikreisen Anfragen gerichtet werden, wie es sich mit der oder jener Sache verhalte, denn es könne „doch nicht alles gelogen sein“ usw.

Die Leute, die meinen, es könne „doch nicht alles gelogen sein“, sind Kinder gemüht. Es wird in diesem Wahlkampf von unseren Gegnern alles gelogen und noch einiges dazu. Man soll ihnen sozial glauben schenken, wie sie verdienen, nämlich 0.

Völkische Wahlkampfmanieren.

Bestimmungen Eberts.

Dresden, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der „Völkisch-Sozialer Block“ hatte für Mittwochabend in einem der größten Säle eine Wählerversammlung einberufen, in der der bekannte völkische Reichsführer Strasser aus München redete. Die Versammlung war zum größten Teil von Reichstädtlichen besucht. Besonders Vertreter der Linkspartheien waren in großer Zahl erschienen. Gleich nach Beginn des Referats kam es schon zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten, als Strasser in düster-demago-

gischer Weise auf den Sausfall von 1918 schimpfte. Die Erregung wuchs zum Sturm an, als er sich dann gegen die Person des Reichspräsidenten folgende unerbörte Beleidigung leistete: „Der Sozialisierungsbruder Ebert hat die deutschen Eisenbahnen an die westlichen Juden verschachert.“ Die empörte Versammlung ließ Strasser nicht mehr reden. Es kam zu lebhaften Kundgebungen, in deren Verlauf die Völkischen sich als Schutzgarde die Polizei des Sausfalls von 1918 herbeiholten — ihre eigene Hitler-Garde, meist 13-14jährige Gymnasialisten, hatten nicht den Mut, gegen die über die Freiheit des Herrn Strasser empörten Versammlungsbesucher vorzugehen. Die herbeigeholte Schutzpolizei, unter der sich anscheinend eine Reihe Parteigänger des Herrn Strasser befanden, wartete bei der Wiederherstellung der Ordnung leider nicht unparteiisch ihres Amtes. Es kam zu lebhaftem Handgemenge, in dessen Verlauf die Polizei in brutaler Weise verschiedene Besucher aus dem Saal entfernte. Trotz dieser offenen Parteinahme der Kölner Polizei für den Schimpfer der deutschen Republik konnte die Versammlung nicht zu Ende geführt werden. Sie hat dem „Völkisch-Sozialer Block“, der ohnehin in Köln bisher nur sehr geringen Anhang hat, eine empfindliche Niederlage bereitet, gleichzeitig aber auch das ohnehin nicht starke Vertrauen, das die Kölner staatliche Polizei in der Bevölkerung genießt, noch weiter herabgemindert. Wie wir hören, ist von Versammlungsbesuchern gegen Herrn Strasser wegen seiner frechen Beleidigung des Reichspräsidenten Anzeige bei der Kölner Staatsanwaltschaft erstattet worden. Es bleibt abzuwarten, ob der Herr Staatsanwalt in Köln, der in letzter Zeit so schnell bei der Hand war, wenn es galt, gegen angelegliche Beleidigungen des Herrn Reichsaussenministers Stresemann vorzugehen, nun auch ebenso schnell bereit sein wird, den obersten Beamten der deutschen Republik gegen die unsittliche Bemerkung eines deutschvölkischen Fliegels in Schutz zu nehmen.

Der volksparteiliche Bundesbruder.

Dresden, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der in Ostpreußen wiederum als volksparteilicher Spitzenkandidat aufgestellte frühere Reichsjustizminister Dr. Heineke machte am Mittwoch in Dresden in einer Versammlung aus seiner schwarzweißen Gesinnung kein Hehl und trat mit aller Entschiedenheit für eine Erweiterung der Regierungsbasis durch die Heranziehung der Deutschnationalen ein. Er behauptete, die Deutschnationalen hätten durch ihr Verhalten am 29. August die Voraussetzung für außenpolitische Zusammenarbeit mit ihnen gegeben. Die Sozialdemokratie, so sagte Herr Dr. Heineke, komme für eine „positive“ Innen- und Wirtschaftspolitik — so wie er sie aufzählt: Abbau der Republik, Schutzzölle usw. — so wenig in Frage, wie die Deutschnationalen vor dem 29. August für eine vernünftige Außenpolitik. Im übrigen war Dr. Heineke der Ansicht, daß der Reichstagler diesmal von den Mitteln der Parlamentarisation ohne zwingenden Grund Gebrauch gemacht habe und es daher unterlassen habe, eine klare Wahlsparole herauszugeben. Daß Herr Dr. Heineke dabei unterließ, festzustellen, daß der Beschluß des Reichskabinetts, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu empfehlen, durchaus einstimmig, also mit Zustimmung der volksparteilichen Minderheit gefaßt worden war, bemerkt, daß auch Dr. Heineke von jener Gedächtnisschwäche befallen ist, die er Herrn Stresemann und Dr. Jarres vorgehalten hat.

Kommunistenkrauel in Hamburg.

Ausschluß eines kommunistischen Bürgerchaftsmitgliedes.

Hamburg, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Hamburger Bürgerchaft kam es am Mittwoch zu häßlichen Auseinandersetzungen und Ständalkungen. Bei der Beratung des Senatsantrages auf Herabsetzung der Luftfahrsteuer und der Gewerbesteuer beantragten nach der ersten Garnitur die Sozialdemokraten und Demokraten Schluß der Beratung. Dieser Antrag wurde von den Rechtspartheien im Verein mit den Kommunisten niedergestimmt, weil der Redner der vier völkischen Abgeordneten, der sich nach der zweiten Rednergarnitur hatte eintragen lassen, noch nicht zu Wort gekommen war. Nun kam es zu

traulichen Wohlreden der Rechtspartheien, die die Abstimmung über den übrigen einstimmig angenommenen Antrag der Sozialdemokratie bis nach 11 Uhr hinauszögerten. Zwisehendurch versuchten die Kommunisten mehrfach einen Antrag auf Adjournation der beim Oktoberputsch verurteilten kommunistischen Abgeordneten zur Beratung zu bringen. Als dies mißlang, kam es zu heftigen Austritten, die zur Unterbrechung der Sitzung führten. Ein SPD-Abgeordneter wurde von der Sitzung ausgeschlossen und als er sich nicht entfernte, auf einen Monat von den Arbeiten der Bürgerchaft ausgeschlossen. Er mußte von Beamten aus dem Gebäude entfernt werden. In späterer Nacht wurde dann der kommunistische Antrag zur Verhandlung. Die Begründung des Antrages durch den Abgeordneten v. Borstel war eine einzige wüste Schimpferei auf die Sozialdemokratie und eine Verherrlichung des Oktoberputsches. Unter lärmenden Kundgebungen der Rechtspartheien wurde der Antrag um 1 Uhr nachts abgelehnt. — Die sozialdemokratische Fraktion brachte zu Beginn der Sitzung einen Antrag ein auf Bewilligung von 300 000 M. für eine besondere Zuwendung an die Unterstufungsempfänger im Dezember.

Dienstenthebung eines kommunistischen Abgeordneten.

Dresden, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der kommunistische Landtagsabgeordnete Schneller, von Beruf Volksschullehrer, ist auf Beantragung des sächsischen Unterrichtsministeriums von seinem Posten als Lehrer entbunden worden, nachdem der Landtag keine Zustimmung zur Strafverfolgung erteilt hatte. Gegen Schneller hat der Oberreichsanwalt beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet.

Wahlerfolg in Oldenburg.

Sozialdemokratischer Stimmengewinn 50 Prozent.

In der Stadt Oldenburg fanden (siehe die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung) statt. Dabei ergaben sich folgende Zahlen:

	jetzt	4. Mai	Mandate (1920)
Sozialdemokraten	3673	2455	8 (8)
Kommunisten	991	2050	2 (2)
Demokraten	3258	3609	7 (8)
Deutschnationale	3078	2006	7 (2)
Deutsche Volkspartei	5386	4779	18 (17)
Centrum	779	1049	1 (2)
Nationalsozialisten	729	1646	1 (0)

Außerdem wurden zwei Bauernvereine in den vor kurzem eingemeindeten Stadtteilen gewählt.

Das Wahlergebnis zeigt also im Vergleich zur letzten Reichstagswahl für die Sozialdemokratie einen Gewinn von annähernd 50 Prozent, während die Kommunisten mehr als die Hälfte verloren, noch mehr die Völkischen. Aber auch die Deutschnationalen erlebten gegenüber dem 4. Mai einen sehr heftigen Rückschlag. Sie läßt nun rund zwei Fünftel ihrer Stimmen ein.

Im Vergleich zu den Stadtratwahlen von 1920 freilich haben die Deutschnationalen noch immer „gemonnen“, während die Volkspartei vier Mandate einbüßt. Die Sozialdemokratie aber hat ihren Bestand von damals beauptet. Sie hat durch ihren Stimmengewinn trotz der allgemein schlechten Wahlbeteiligung gezeigt, daß ihr Weg vorwärts führt!

Die letzten Befangenen entlassen. Auf Grund des Londoner Abkommens wurden am 21. November die letzten acht politischen Befangenen aus dem französischen Gefängnis in Hammondsdorf entlassen.

Kreisblätter als deutschnationale Wahlhefter. In den feigen Besitzen Pommerns, ungefähr da, wo nach deutschvölkischer Heilslehre das Paradies gelegen hat, betreiben die deutschnationalen ihre Wahlpropaganda auf sehr einfache Weise. Sie legen ihre „Deutschnationale Wahlzeitung“ ganz einfach den Kreisblättern als Beilage bei. So verbreitet z. B. die Kreiszeitung in Grimmen in Grimmen die deutschnationale Weisheit an ihre Leser. Wo soziale Erleuchtung durch amtliche Blätter der Republik vermittelt wird, kann der Erfolg am 7. Dezember nicht ausbleiben. Frage an die Regierung: Verbreiten die Kreisblätter Wahlbeilagen aller Parteien oder nur der deutschnationalen?

„Die Nächtlichen“ in der Staatsoper.

Egon Wellesz unternahm das Wagnis, den künstlerischen Bühnentanz in angewandte, neue Bühnen zu lenken. Und das plötzlich, mit unerhörter Reibung des Neuen am Alten, mit Zerbrechen aller Gelenke, die Tanz von gestern mit Tanz von morgen noch verbinden können. Die Musik zu den „Nächtlichen“ wurde geschaffen in dem Wunsch, dem Länger und der Langzuger Bewegung, Versinken, Hochfliegen, Kauern, Schreiten und Zagen gefühlmäßig, wohl auch rhythmisch vorzugeben. Schon die musikalische Form gibt ein Recht, dem Tanz zu gebieten, so er lautende Bewegung, wo halt bedeuten soll. Und es ist nicht ganz richtig, daß etwa in einer Fuge das Sich-Abstoßen und Hinein, das Zueinander-Kommen und das Sich-Abmarmen der Motive längerlich ausgedeutet werden kann. Was nun da an Spannungen, Verkrampfungen, Wildheiten im Altonaer moderner Musik wuchert, das konnte zu einem Tanz der Weibschäften, der Trost und des Uberschwungs ausgenutzt, konnte durch die feinsten Verbindung extremer Stimmungen wirksam gemacht werden. Musik, die so sehr nach Schrei, Ekstase, Willtür und Explosion klingt, konnte im Bild der Szene Widerhall finden, konnte in Gruppen geradezu motorisch verdeutlicht werden. Diesem Experiment ist Beredsamkeit nicht abzuprophen. Eine Bühnen-Tanzkunst ist damit nicht geschaffen. Was Wellesz theoretisiert, kommt in den verkrampften, in besten Momenten russisch inspirierten Klängen, kommt in der rhythmischen Forderung von Schlag- und Bassinstrumenten, kaum Original und kaum anseuernd, zur praktischen Lösung. Ein einfaches, pathetisches Bewegtes heißt sich Figuren, zu düsterem Gong, ein Stravinskysches Intermezzo ohne Szene, ein heroischer Menschenzug mit Fahnen und Tromfaren — das ist alles, was in guter Erinnerung bleibt. Die Phantasie des Musikers bleibt da stehen, so die des Malers Pichon und des Beleuchtungsmeisters immer neue Schnörkel, Färbungen, Einfälle zeigt. Die Szene herrscht, nicht die Musik, auch nicht die bewegte Gruppe. Ein einziges Mal, als der genialische Kreuzberg liegt im Jucken seines Körpers machte, und als die Musik diesen Affekt aufstieß, spaltete, sammelte, heraushammerte, da ging etwas wie Wangenrot vom düsteren Spiel aus. Das Werk gefiel, aber — was gefährlicher ist — es fiel auch nicht durch. Die Müdigkeit löste die Lust zur Entscheidung ab.

Die Annahme dieser sogenannten Longsymphonie, der eine unverständliche Idee von Terpis zugrunde liegt (unverständlich, weil sie nicht plastisch wird) geht wohl auf Kleiber zurück. Wohlweislich, aber nicht sehr mutig, ließ er die Kritiken von Repetowich aus dem Feuer holen. Er selbst wärmte sich bequem an der stillen Herdgut des Bulowischen Arlecchino, dessen Plametrie, Crotic, Schwarz und kefe Bedeutung wieder außerordentlichen Eindruck macht. Henke und Chaz waren die illustren Begleiter dieser völkischen Musiktonnade. R. S.

„Kaltes Licht.“

„Kaltes Licht.“ Der Physiker Professor Riesler hat im physikalischen Laboratorium der Sorbonne zu Paris, wie uns aus wissenschaftlichen Kreisen geschrieben wird, bemerkenswerte Versuche mit der Erzeugung von „kaltem Licht“ gemacht, die für die Entwicklung der Beleuchtung von großer Bedeutung werden können. Die Röhren, die Professor Riesler zu diesem Zwecke gebaut hat, befinden sich ausschließlich zur wissenschaftlichen Untersuchung in London. Wir wissen, daß es eine große Anzahl von Strahlen aller Art gibt, wie z. B. die Licht- und Wärmestrahlung, die Röntgenstrahlen, die Kathodenstrahlen und so weiter. Für die Beleuchtung kommen hauptsächlich die hellen Strahlen in Betracht, die eine gewisse Wärme hervorbringen. Das Bestreben der Wissenschaft ging naturgemäß dahin, den Beleuchtungseffekt auf Kosten der Wärmeproduktion möglichst zu steigern. Hier steht das Bestreben des Professor Riesler ein, der bereits beträchtliche Erfolge zu verzeichnen haben soll. Er ging bei seinen Versuchen von der Leuchtbarkeit des Glühwürmchens aus, das Licht ohne merkliche Hitze abgibt. Es kam ihm darauf an, diese Art des Leuchtens zu steigern, wodurch dann ein Licht erzeugt werden würde, das möglichst wenig Wärme mit möglichst starker Lichtintensität vereinigt. Alle phosphoreszierenden Stoffe geben ein derartiges Licht ab. Professor Riesler hat nun mehrere elektrische Röhren konstruiert, bei denen dieses Lichtprinzip zur Durchführung gelangt ist. Er hat die Röhren mit atmosphärischer Luft von niedrigem Druck gefüllt und zur Verstärkung des Lichtes gebraucht er phosphoreszierende Bestandteile und Wärmestoffe, die in den Röhren oder an den Glaswänden angebracht werden. Nun fand er eine bestimmte Beziehung zwischen dem Luftdruck in dem Glas und der Lichtintensität des ausgestrahlten Lichtes. Diese Beziehungen nutzte er für seine Zwecke aus und verstand es durch richtige Regulierung des Druckes, Strahlen zu erzeugen, die keinerlei Grün oder Rot enthalten, dagegen zwischen dem Rot und Violett des Spektrums liegen. So gelang es ihm, hochfrequente Strahlen mit ganz geringen Elektrizitätsleistungen zu erzielen. Es wird berichtet, daß er ein Licht von 12 000 Kerzen mit Kosten von 2/3 Elektrizitätseinheiten hervorbrachte. Die in London zu Versuchszwecken ausgestellten Röhren sind dagegen nur ganz klein. Sie haben 8 Millimeter im Durchmesser und erfordern einen Strom von 1/100 Milliamperere.

Alle diese Mitteilungen sind noch sehr unklar und lassen noch nicht das Wesentliche dieser Erfindung erkennen, zumal Riesler Versuche gemacht haben will, die Röhren zum Glühen zu bringen, nachdem der Strom ausgeschaltet war. In der Hauptsache sollen die Röhren als Zeichen oder Buchstaben für Reklamezwecke dienen. Es soll sich aber auch eine große Ersparnis bei der Beleuchtung von Räumen usw. erzielen lassen. Unsere Metallfadenlampen sind ja gegenüber den früheren Kohlenfadenlampen eine starke Verbesserung, da mit geringeren Stromstärken größere Lichtenergie erzielt werden. Die Erfindung des Professor Riesler dagegen sieht nach der Wirkung des Lichtes durch Fäden aller Art offenbar so und will der Lichtwirkungen durch Farbstoffe oder phosphoreszierende Stoffe erzielen.

Carlwighardt spricht Sonnabend und Sonntag in der Berliner Session, 8 Uhr abends, weitere Dichtungen, dazu 10 „Porträts“ Berliner Schauspielers.

Ein hübscher Erfolg der Bühnen. Das „Kleine Theater“ hat sich mit dem französischen Lustspiel „Papa“ von Robert de Fliers und Caillavet einen hübschen Erfolg erspielt, der dem Theaterkaffee einige Wochen Freude machen wird. „Papa“ ist ein harmloses Konversationsstück mit bürgerlich-liebigem Einschlag, das, bescheiden und ohne Ehrgeiz, auf literarische Wertung oder Originalität verzichtet. Der Papa, ein verwegener Lebemann und Graf, erkennt an der Schwelle des Alters seinen 20jährigen unehelichen Sohn an. Die väterliche Fürsorge beginnt er damit, seinem Jungen die Heirat mit Georgine, der Tochter eines vertriehenen Gläubigers, zu verbieten. Der verschlungene Knochen ist sich auf, als sich der alte Papa und die knipfjunge Georgine unrettbar ineinander verlieben. Da das leichtlebige Fräulein viel besser zu dem alten Lebenskünstler paßt als zu seinem ersten Sohn, und da der Junge noch schnell ein solides Brautjungfer erlangt, macht die Umstellung der heiratenden Paare keine Schwierigkeiten. Diese durch Wahrscheinlichkeit nicht allzu beschwerte Handlung hatten die Darsteller mit dem Schimmer der Oberbühnenhaftigkeit zu versehen. Das gelang Eugen Burg, Julius Falkenstein und Erika Glöhner, die sich durch spielerische Eleganz, lebendige Lebhaftigkeit und anheimelnde Grazie selbst übertrafen. Die Glöhner war als Georgine ein entzückendes Gesichtchen aus Anmut, Jugendfrische und Durchsichtigkeit. Ein sorgloses Blühermäulchen, zum Rosen und Schmalen wie keine geschaffen. Ein Weibchen ohne Ansprüche auf Geistesfülle, aber mit erheblichen Ansprüchen auf Kleider, Schmuck und Land. Glühlich, oberflächlich, selbstbewußt, halb ein Badisch, halb eine Dirne, reizend, zum Anbelien. Eugen Burg ist der lebenswürdigste, eleganteste, sympathischste Lebemann, den man sich denken kann, und Julius Falkenstein ein trottelhafter, griesgrämiger Dummkopf, der ohne zu überstreben, mit seiner originellen Komik die Blicke auf sich zieht. Ernst Bringolf konnte aus seiner ersten Rolle des Sohnes, die er ein wenig zu schwer auffaßte, nicht viel machen. Die Regie des Eugen Burg war flott. Dgr.

Vorträge. Im Delling-Museum spricht Donnerstag, 8 Uhr. Prof. Hans Reichenbach über: „Charakter und Umwelt“. — Am wissenschaftlich-humanitären Komitee (in den Zeiten 10) referiert Donnerstag Kriminalkommissar Streume aus „Sexual-Criminalität und Strafe“. — Für die Gesellschaft für Geisteswissenschaften spricht Freitag, 8 Uhr, Georgine. Hr. Dr. Hanns Heidefeld über: „Der schnelle Überlaube“. Eintritt 75 Hl. — Dr. Max Dertlich Freitag, abends 8 Uhr, im ehemaligen Herrenhaus, auf Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur über: „Die drei Wurzeln der Ethik“.

Ein unverdrossenes Werk von Anatole France. Eine endlose Anzahl der feinsten Werke des eben verstorbenen Dichters wird jetzt in Paris angekauft. Sie soll in 20 Bänden in deutscher Sprache herausgegeben werden. In der ersten Bandzahl sind bereits zwei Bände erschienen, die von Anatole France geschrieben sind. Die beiden anderen Bände sind noch in der Druckerei. Die Reihe wird von Anatole France geleitet, das etwa 1908 geschrieben ist.

Eine Vortragsreise Carlens in Deutschland. Für eine Vortragsreise, die Professor Carl Carlen nach Deutschland unternimmt, um über den Wärendichter Andersen zu berichten, sind nach einer Kopenhagener Meldung 5000 Kronen bewilligt worden.

Immer dieselben.

Herr Stresemann und seine Leute.

Im Verlag der Frankfurter Sozialtät-Druckerei erscheint soeben ein Buch: „Schlaglichter, Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen von Conrad Hausmann. Herausgegeben von Dr. Ulrich Zeller.“ Dort liest man auf Seite 125 unter dem Datum des 13. Juli 1917 folgendes:

Zimmermann erzählt mir mit lebhaftem Händedruck die amerikanische Sache und sagt dann: „Die Wälschstraße war gegen den U-Bootskrieg und hat sich schließlich ungern dazu drängen lassen von denen, die sie jetzt angreifen.“

„Hält Ihre Partei mein Ausschneiden für nötig?“
„Alle Parteien. Die Nationalliberalen greifen jetzt auch den Reichskanzler wegen Amerika an.“
„Der Reichskanzler ist nicht mehr halbtot.“
„Dann ist aber Ihr Rücktritt unvermeidlich.“
„Keinen Sie?“
„Sicher.“

„Wissen Sie, dieser Stresemann, ich will kein Wort gebrauchen, es ist unerhört. Er greift jetzt an und hat im Dezember gebubelt über eine Torpedobombardierung, weil sie den amerikanischen Krieg unvermeidlich mache.“

„Ja, das Widerspruchswort, was denkbar, heißt Stresemann und die Nationalliberalen. Ich habe loyal mit Ihnen gesprochen.“
„Ja.“

Wenn nun Stresemann in seiner nächsten Wahlrede von sich und seinen Freunden sagen sollte: „Wir sind immer dieselben geblieben!“, so wird ihm niemand widersprechen können. Sie sind ja immer schon so gewesen!

Um Scheidemanns Abbau.

Eine Entscheidung des Bezirksausschusses.

Kassel, 27. November. (B.Z.) Die Verhandlung vor dem Bezirksauschuss über den Abbau des Oberbürgermeisters Scheidemann endete nach längeren Ausführungen des Vertreters der Stadtverordneten und eingehender Beratung mit folgendem Beschlusse: Der Klage der Stadtverordnetenversammlung wird stattgegeben. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß die Gründe des Magistrats in der Beanstandungsbesetzung nicht schlüssig seien. Ob der Beschlusse des Magistrats an und für sich ordnungsmäßig zustande gekommen sei, darüber zu entscheiden sei nicht Sache des Gerichts.

Dieser Spruch des Bezirksauschusses hat zunächst nur formelle juristische Bedeutung. Die Klage wird nummehr vor das Oberverwaltungsgericht getragen werden. Erst wenn dort ein Spruch gefällt ist, ist das Verwaltungsstreitverfahren endgültig entschieden. Der Abbau-Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gegen Scheidemann ruht solange, bis das Verwaltungsgericht einen Bescheid erläßt. Wenn das Oberverwaltungsgericht der Klage der Stadtverordneten stattgeben sollte, bleibt Oberbürgermeister Scheidemann noch der durch die Personalabbauordnung vorgeschriebene Beschwerdeweg. Eine endgültige Entscheidung wird dann von dem Provinzialauschuss in Frankfurt a. M. gefällt werden.

Aus der völkischen Ehrengalerie.

Kapitänleutnant v. Müde als Spitzenkandidat.

Dresden, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Völkischen treten in Ostschlesien mit einer einheitlichen Liste in den Wahlschlacht, an deren Spitze der frühere Kapitänleutnant von Müde steht. Diese Spitzenkandidatur war erst möglich nach langwierigen Verhandlungen, in denen der Streit zwischen dem Kapitänleutnant Müde und den übrigen Völkischen durch ein notdürftiges Kompromiß aus der Welt geschafft worden ist. Bekanntlich hatte der Verleger der „Völkischen Zeitung“, Hegenbarth, an Müde finanzielle Forderungen, die dieser nicht befriedigte. Daraufhin beschuldigte Hegenbarth in einem Schreiben den nun wiederum als Spitzenkandidaten aufgestellten Müde der ehrlosen Besinnung, des Wortbruchs, der Täuschung und ehrloser Handlungsweise. Trotzdem hat Müde bis heute nichts gegen Hegenbarth unternommen, was auf eine Rehabilitierung in der Öffentlichkeit herauskäme. Die „Dresdener Volkszeitung“ bemerkt dazu: „Dass Müde trotzdem jetzt als ostschlesischer Spitzenkandidat der Völkischen wiederum auf der Bildfläche erscheint, beweist nur, wie wenig solche Ehrengaleriewerben bei den Völkischen bedeuten. An Herrn Müde wird im Laufe des Wahlkampfes die Frage gerichtet werden, wessen er sich denn eigentlich schuldig gemacht hat, daß er sich ehrlose Gesinnung und ehrlose Handlungsweise vorwerfen lassen muß, ohne dagegen jene Schritte zu unternehmen, die für öffentlich wirkende Personen die gegebenen wären.“

„Nieder das Vaterland!“

Die neueste Provokation der Bürgerblätter.

Durch die gesamte deutschsprachige Presse kursiert eine durch die „Nationalistische Korrespondenz“ lancierte Schowergeschichte, die auf die Dummen großen Eindruck machen soll: Eine völkischparteiliche Versammlung in Gera sollte mit einem „Hohe“ auf das Vaterland geschlossen werden, aber die zahlreich anwesenden Reichsbannerleute riefen: „Nieder!“ und stimmten die Internationale an.

An der frohlichen Versammlung in der „Heinrichstraße“ zu Gera am Montag, den 24. November, leitete der völkischparteiliche Redner Dr. Pfeiffer-Bothe das „neue deutsche Vaterland“ und ließ gar keinen Zweifel, daß er sich unter diesem Vaterland die Monarchie vorstellte. Als er dieses monarchistische Vaterland am Schluß der Versammlung hoch leben ließ, beantworteten die anwesenden Reichsbannerleute diese Ueberrumpelung mit Niederrufen und Hochrufen auf die Republik. Die anwesenden Sozialisten stimmten außerdem auf Provokationen von rechts die „Internationale“ an. Das ist der wahre Sachverhalt.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Sachverständigen der deutschen Schmierindustrie, deren ungegründetes Ausbleiben am Dienstag eine neue Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen zur Folge hatte, sind am Mittwoch abend in Paris eingetroffen, so daß die für Dienstag anderwärts gewesene Sitzung am Donnerstag nachmittags stattfinden kann. Man glaubt, daß zwei Tage genügen werden, um auf dem Gebiet der Schmierindustrie zu einer Einigung zu gelangen, und daß man am Samstag mit den Verhandlungen über die Maschinen- und Kleingewandindustrie beginnen kann. In einer Aussprache, die am Mittwoch im kleinen Kreise zwischen den Sachverständigen der beiden Delegationen stattgefunden hat, wurden die allgemeinen Anknüpfungen der künftigen Zoll- und Handelsverträge in beiden Ländern besprochen. Von französischer Seite ist dabei versucht worden, bestimmte Zusicherungen über die Haltung der künftigen deutschen Tariffüsse und über die Aufhebung der allgemeinen und örtlichen Ausfuhrverbote und Kontingentierungen zu erhalten.

Erste Weihnachtstbäume.

Die Engroschändler auf dem Weihnachtstbaummarkt können bereits damit anfangen, ihren Bedarf zu decken. Die ersten Ladungen Weihnachtstbäume sind in Berlin eingetroffen und auf dem Tempelhofer Feld zur Ansicht und Auswahl für die Händler niedergelegt worden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden in diesem Jahr die Familien frühzeitig ihren Weihnachtstbaum einkaufen, eingebettet der Verhältnisse auf dem Weihnachtstbaummarkt im vorletzten Jahre. Das Angebot von Weihnachtstbäumen war damals gering genug. Mitten in der schlimmsten Inflationzeit, im Juni und August, mußten die Bäume im Wald gekauft und geküchelt werden. Die Transportkosten waren ungemein hohe, und die Engroschändler fürchteten nicht ohne Grund, daß dem größten Teil des Berliner Publikums die Preise für die Bäume unerschwinglich hoch sein würden. Die Engroschändler beschränkten sich daher beim Einkauf, und die Folge war, daß Berlin zu wenig Weihnachtstbäume hatte und viele Familien keinen Baum, zur tiefen Trauer der Kinder, aufstreifen konnten. Am sogenannten Heiligen Abend konnte man allenthalben auf den Straßen die hellsten Szenen erblicken. Eltern barmherzig und bettelten geradezu um ein, wenn auch noch so kleines Bäumchen, die „Heimungsgeister“ gingen in der Wald, um sich selbst einen Baum zu holen, und Konflikte mit den Förstern, die scharf auf diese Invasion aus der Stadt aufpochten, waren an der Tagesordnung. In vielen Häusern wieder hätten sich Nachbarn dadurch aus der Verlegenheit, daß sie sich gegenseitig den Weihnachtstbaum, den die eine Familie noch hatte aufstreifen können, liehen. Erst leuchteten die Lichter in der einen Wohnung, und dann wurde der Baum unter Halo über den Fluß in die Wohnung des Nachbarn getragen.

Es war einmal... Viel Hartes und Häßliches war damals auch nach dem 21. November und nach Einführung der Rentenmark ausgefallen. Ranges ist besser geworden, aber vieles liegt noch im Argen. Im verflochtenen Jahr posten noch Bundespolizeiamt und Wasserbehörden auf die Preise auf und setzen auch die Preise für die Weihnachtstbäume fest. Die Preisnotierungen sind in diesem Jahr fortgefallen. Hoffentlich macht sich der Handel nicht die Gelegenheit zunutze und wuchert mit den Preisen für die Weihnachtstbäume. Die beste und härteste Kontrolle über das Publikum aus, wenn es zu hohe Preise energisch zurückweist. Es darf nicht geschehen, daß der Weihnachtstbaum Luxusgegenstand und nur dem Reichen zugänglich ist. Auch der Weihnachtstbaum gehört zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs, und auf ihn hat auch der arme und Unbemittelte einen Anspruch.

Eine teure Maritt-Ausgabe.

Das Bezirksamt Köpenick um 82 000 Mark betrogen.

Auf eine seltsame und geheimnisvolle Weise ist das Bezirksamt Köpenick um den Betrag von 82 000 Goldmark gekommen, wofür es — allerdings ein recht kostspieliger Tauch — nur eine Gesamtausgabe der Werte der seligen Maritt eingetauscht hat. Der merkwürdige Vorfall hat sich in folgender Weise abgespielt:

Gegen Monatschluß pflegen die Bezirksämter zur Regelung ihrer Finanzangelegenheiten größere Beträge von der Stadthauptkasse abholen zu lassen. So entsandte gestern auch das Bezirksamt Köpenick zwei Kassenhörner, die derartige Aufträge schon öfter ausgeführt haben, nach Berlin. Die beiden trafen mittags auf der Stadthauptkasse 250 000 Goldmark, 82 000 Goldmark wurden den Boten in einem fest verschlossenen Paket übergeben, das mit dem Buchstaben B. H. G. (Berliner Ansehungs-Gesellschaft) bezeichnet war. Die Boten bestiegen mit den Leuten und dem Paket den Anhänger Nr. 1340 der Linie 87, die um 1 Uhr 20 Minuten vom Spittelmarkt nach Köpenick abfährt. Der Kassenhörer Fröhlich, der ebenfalls wie der andere die Aktentasche in der Hand hielt, stellte auf dem bückbeschienen Wagen auf der hinteren Plattform das Paket mit dem 82 000 M. auf den Boden zwischen seine Beine. An der Haltestelle am Schleißchen Tor in der Nähe der Pianierkaserne sah er zu seiner Überraschung, daß das Paket auf einmal eine andere Form hatte. Zu seinem Schrecken stellte er fest, daß es überhaupt nicht mehr sein Paket, sondern ein anderes war, das dem seinen allerdings ähnlich sah. Die Boten schlugen Bärm, meldeten auch dem Schaffner die Verwandsung, aber niemand wollte, wer die Pakete verwandelt hatte. Das Raubdelikt der Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und nahm sofort die Ermittlungen auf. Das untergeschobene Paket enthielt Bücher, die zum Teil gebunden und zum Teil broschüriert und noch nicht aufgeschritten sind, darunter eine vollständige Maritt-Ausgabe, einzelne Bände der Maritt und andere Sachen von Franz Graf und anderen Verfassern, Sachen, wie sie auch vom Wagen verkauft zu werden pflegen. Auf die Ergreifung des Täters hat der Magistrat eine Belohnung von 1000 Goldmark, auf die Wiederbeschaffung 5 Tausend, der herbeigeschafften Summe ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufklärung besonders von Fahrgästen, die den um 1 Uhr 20 Minuten nachmittags vom Spittelmarkt abgegangenen Zug der Linie 87 nach Köpenick benutzt haben, nimmt Kriminalkommissar Berneburg im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums entgegen.

Ein kriegerischer Studienrat.

Die Exaltation zu den Reichstagswahlen wirkt anfeuernd auch auf jene Pädagogen, die nicht der Versuchung widerstehen können, in der Schule ihre politischen Begehren vor ihren Schülern auszusprechen. Es mehren sich die Nachrichten, daß Lehrer bei der Schuljugend, im stillen oder öffentlich, für Anschauungen der rechtstehenden Parteien werden. Auf den Vergeltungskrieg, den diese Parteien predigen, wurde bei einer Totenfeier hingewiesen, die von der Bankoener Oberrealschule zur Erinnerung an die im Kriege Gefallenen veranstaltet wurde. Der Leiter dieser Anstalt, Oberstudienrat Dr. Schnell, gehört einer der rechtstehenden Parteien an, und dasselbe gilt von dem Studienrat Dr. Lindemann, der bei der Totenfeier die Gedächtnisrede hielt. Die Tendenz der Ausführungen von Dr. Lindemann wird gekennzeichnet durch eine Mahnung, die er an die Jugend richtete. Er rief: Wenn das deutsche Volk die ihm von den Feinden bereitete Schmach nicht mit den Waffen des Geistes tilgen kann, so muß die deutsche Jugend sie mit den Waffen der Gewalt tilgen. Also, wenn der Geist nicht ausreicht, dann — Rachekrieg und neue Blutopfer! Es fiel auf, daß bei der Rede des kriegerischen Studienrats mehrere seiner Kollegen die Lippen verließen. Ein fanziger Zufall wollte, daß draußen an einem der Fenster eine Taube erschien, die im Gegensatz zu der Akadememahnung des Redners wie ein Symbol der Friedens und der Völkerveröhnung wirkte.

Bei der Feier sah man an der Meldung mancher Schüler, daß sie schwarzweiße Abzeichen und auch einige Halbkreuze. Solche Abzeichen in der Schule zu tragen, ist den Schülern seit langem durch Anordnung des Ministeriums (unter Hofnisch, nicht unter Böslig) verboten, und vor einiger Zeit ist ihnen das wieder durch eine Verfügung eingeschärft worden. Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-rot-Gold richteten sich danach und zeigen sich in der Schule nicht mit ihren schwarzrotgoldenen Abzeichen. Auf die schwarzweißen Jugendlichen aber machen solche Anordnungen einer Ministers der preussischen Republik wenig Eindruck. Ruh den Jungen nicht bei dem, was sie von manchem ihrer Lehrer sehen und hören, das Selbstbewußtsein schwellen? Republikanische Eltern, sorgt am 7. Dezember dafür, daß im Reich und im Staatler Kurs nach links gedreht wird! Dann wird auch in der Schule den schwarzweißroten Lehrern das Handwerk gelegt werden.

Der Raubmord an der Witwe Bock.

Von der Täterin im Zustand der Schwangerschaft verurteilt.

Wegen Raubmordes hat sich vor dem Schwurgericht I, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Schimoda, die 33jährige Franziska Chmielewska, die aus 14monatiger Untersuchungshaft den Geschworenen vorgeführt wird, zu verantworten.

Die Sache hat bereits schon einmal das Schwurgericht beschäftigt, mußte aber vor der Urteilsfällung vertagt werden, weil die Beschuldigte die Rücknahmefähigkeit der Angeklagten in Zweifel stellen. Die Händlerin Bock hatte in der Färkenstraße ein Parzellengeschäft und schlief in einem Nebenraum, während das Hinterzimmer vermietet war. Hier wohnte die Angeklagte mit ihrem 14 Jahre jüngeren Viehhaber, dem Schneider Sodeßki. Am 26. August 1923, einem Sonntag, wurde Frau Bock von ihrer Mieterin im Laden überfallen und ermordet. Dann raffte die Angeklagte die Schmuckstücke und Gelder zusammen, verließ sie im Hemd und trug Kleidungstücke und Mäntel der Ermordeten in einem Rucksack, die sie auf dem Hängeboden unterbrachte. In ihrer Vernehmung erklärte sie, daß sie von ihrem Geliebten, nachdem er eine andere Viehhochst eingegangen sei, schwer mißhandelt worden sei. Sie habe ihr erstes uneheliches Kind im Waisenhaus geben müssen, weil auch dieses Kind von Sodeßki schwer geprügelt wurde. Frau Bock habe das neue Verhältnis Sodeßkis sehr begünstigt. Sie, die Angeklagte, habe sowohl die neue Braut, als auch Frau Bock gehetzt, doch zwischen Sodeßki und ihr keinen Unfrieden zu stiften. Am Tage der Tat, einem Sonntag, erschien Sodeßki mit seiner neuen Braut in der Wohnung und bog sich dann zu Frau Bock in die vordere Wohnung. Frau Bock sei der Angeklagten feindselig gesinnt gewesen, weil diese auf dem Wohnungsamt eine für Frau Bock ungünstige Aussage gemacht habe. In dem verhängnisvollen Sonntag habe Frau Bock sie ins Gesicht geschlagen. Darauf habe sie Frau Bock an der Kehle gepackt. Sie will nicht wissen, was weiter geschah. Sie erklärt, daß sie in ihrem damaligen Zustand der Schwangerschaft keine klare Besinnung gehabt habe. Sie habe Tag und Nacht über die Tat nachgedacht, ohne daß die Vorankunft ihr ins Gedächtnis zurückgekommen wären. Von Sodeßki sei sie schwanger gewesen und habe nicht „sich brechen“ wollen. Tatsächlich hat die Angeklagte im Gefängnis einen Kinde das Leben geschenkt, das jedoch gleich nach der Geburt gestorben ist.

Um den Abbau Paulsen.

Gegen den Abbau-Beschluss der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat sowohl Stadtschulrat Paulsen wie die Sozialdemokratische Fraktion Einspruch erhoben. Der Einspruch begründet sich u. a. darauf, daß die Stadtverordnetenversammlung es versäumt hat, entsprechend den Vorschriften der Personalabbauordnung den Abzubauenden Gelegenheit zur Weigerung zu geben. Der Oberpräsident hat jetzt dem juristischen Beirat des Genossen Paulsen, Rechtsanwält Dr. Weinberg, mitgeteilt, daß eine Entscheidung über die Einsprüche noch aussteht, da der Oberpräsident zunächst eine Weigerung des Magistrats über den Tatbestand eingeholt hat. Die Weigerung des Magistrats ist jetzt an den Oberpräsidenten abgegangen, so daß man vielleicht damit rechnen kann, daß der Herr Oberpräsident in absehbarer Zeit Gelegenheit nehmen wird, eine Entscheidung über den Einspruch zu fällen.

Praktische Politik oder Phrasen?

In einer Wählerversammlung im dichtgefüllten großen Saal des Gewerkschaftshauses am Engelplatz legte Genosse Crispian die folgende praktische Politik der Sozialdemokratie dar, die wahrhaft revolutionär zu nennen sei, weil sie in jeder Beziehung ständig an der Hebung der Massen praktisch arbeite; außerdem fordere sie den Frieden und bekämpfe den internationalen Kapitalismus. Goldene Berge verspreche sie aus Gemeinnützigkeit nie, würde aber stets auf ihrem Posten sein und ihre Pflicht bis zum Äußersten tun. Demgegenüber stellte er die falsche Politik der Reaktion, jener Großkapitalisten und Exzentriker, der religionsbeulischen Diener der Monarchie. Ebenso sollten seien die Kommunisten oder besser Bolschewisten. Diese erfahrungsgelassen Phrasenhelden, zur Klasse der politischen Piraten gehörig, die das Lumpenproletariat gegen den modernen Arbeiter ausspielen. Die sozialdemokratische Politik rechtfertigte Genosse Crispian an Hand der Ereignisse und erörtere ausführlich die großen Tagesfragen. In einem energischen Zwischenfall kam es während der Diskussion, als ein kommunistischer behauptete, die SPD. hätte die Ermordung Liebknechts verschuldet. Hatten seine dunklen Reden schon vorher den Unwillen der Versammlung herangezogen, so hobte diese freudige Löge den Erfolg, daß man den Vorleser vom Rederpult holte und an die frische Luft lehnte. Genosse Dr. Rosas bezeichnete diesen Vorfall als typisches Beispiel für die systematische Hege der Kommunisten und gab zugleich seiner Freude Ausdruck, daß die Versammlung geschlossen für die Sozialdemokratie eingetreten sei.

In einer Wählerversammlung in der Schulstraße hielten die Redner sprach Robert Breuer. Er konnte gute Nachrichten über die Stimmung im Lande bringen. Seine Ausführungen, die sich in erster Linie gegen die Deutschnationalen und in zweiter Linie gegen die Kommunisten richteten, wurden sehr beifällig aufgenommen. Die gut verlaufene Versammlung wurde mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Es muß betont werden, daß eine solche Versammlung schon seit langem nicht im Stralauer Viertel stattgefunden hat.

In den Florafäden in Halensee fand gestern abend eine Wählerversammlung statt, die außerordentlich gut besucht war, obgleich im selben Hause die Demokraten ebenfalls eine Versammlung abhielten. Der Referent, Genosse Bando, wies in einer einseitigen Rede auf die Bedeutung des 7. Dezember und stellte mit eindringlichen Worten die Monarchie der Republik gegenüber. Er betonte, wohn es führen würde, wenn der begonnene wirtschaftliche Aufschwung nicht der Stabilität der Wahrung durch ein Doppeltreten der Deutschnationalen wieder zerstört würde. — In der Diskussion sprach als erster ein Auslandsdeutscher, der sich gegen die Sozialdemokratie wandte. Ein Demokrat ließ dem Auslandsdeutschen eine gehörige Absicht zuteil werden und eine Vertreterin der Deutschen Liga für Menschenrechte, die gleichfalls den Ausführungen des Auslandsdeutschen lebhaft entgegenzutrif, betonte, daß der wahre Nationalismus durch den Internationalismus hindurchführe, indem sie den Jean Seures gitterte. In keinem Schlusswort führte Genosse Bando zu den Vorlesungen des Auslandsdeutschen etwas folgendes aus: Der Vorwurf, den man der deutschen Sozialdemokratie im Ausland mache, besteht wohl hauptsächlich darin, daß wir nach dem 9. November zu gemüßelt und zu zaghaft mit den Kreisen der Rechtsparteien, für die sich der Vorredner so sehr ins Zeug legte, umgegangen sind. — Der Vortrag des Genossen Bando übte auf die überfüllte Versammlung begeisterte Wirkung aus.

Die Gemäldeausstellung der Arbeitsgemeinschaft für Fortschritt und Naturkunde in Friedrichshagen, Pater Beckow, über die wir am Dienstag berichteten, ist bis zum Sonntag, den 30. d. Mts. geöffnet, und zwar von 2-6, Sonntag von 11-8 Uhr. Zur Vertiefung einiger durch Einzelblätter einzelner Damen sei mitgeteilt, daß u. a. v. Nibel (mit Bild) und Vogel (mit Bild) nicht veräußert, sondern aufgestellt haben. Die Väterrechtstafel für Arbeiter drucklos benannt neue Karte für Baden und Deutsch. Anmeldebücher: Neutlin 27. November, Neutlin 28. November, Gipsstr. 1. Dezember, Charlottenburg 2. Dezember. 35-36 200 Mf.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Stundenungen für diese Rubrik sind Berlin 58. A. Eisenstraße 4. 2. Teil, 2. Zw. Zw. zw. zu richten.

7. Preischarakteristik: Montag, 2. Dezember, zunächst 1/3 Uhr. Funktionstouren in der Schule des Soldaten-Vereins, 28. 29.

Gewerkschaftsbewegung

Die soziale Belastung der Wirtschaft.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat Unfug kommen, in der Presse auf die Darstellung der sozialen Belastung der deutschen Wirtschaft, die in Nr. 24 des Reichsarbeitsblattes gegeben worden war, zu erwidern. Da das Jähresbild der Darstellung zu niedrig und unvollständig sein, weil die Angaben über die knappschaftliche Rentenversicherung, die Krankenversicherung für Seelente und die vom Reich aus Mitteln der Steuerzahler gegebenen Zuschüsse für die Invalidenversicherung nicht mit angegeben seien. In der Darstellung war in einem besonderen Absatz ausdrücklich hervorgehoben, daß die knappschaftliche Rentenversicherung ausgeschlossen und Gegenstand einer besonderen Darstellung sein soll. Die Krankenversicherung für die 20-30 000 deutschen Seelente kostet im Jahre noch nicht eine Million Mark, falls also für die soziale Gesamtlast nicht ins Gewicht. Im Reichszustuch für die Invalidenversicherung, der nicht von der Wirtschaft als solcher getragen wird, sondern aus allgemeinen Reichseinnahmen, war in der Darstellung erwähnt, kann aber, da er in der steuerlichen Belastung der Wirtschaft bereits enthalten ist, in der besonderen sozialpolitischen Belastung der Wirtschaft nicht noch einmal mitgezählt werden.

Wenn weiter herangezogen wird, daß früher von amtlicher Stelle die Soziallast mit 135 statt wie jetzt in der Darstellung mit 120 Milliarden Mark beziffert worden sei, so erklärt sich das daraus, daß die ältere Ziffer auf einer zu Anfang des Haushaltsjahres angestellten Schätzung beruht, während der jetzt im achten Monat des Haushaltsjahres veröffentlichten Darstellung bereits rechnerische Ergänzungen zugrunde liegen. Übrigens sind auch die in der Darstellung veröffentlichten Zahlen der Sozialversicherung nach den Grunddaten möglichst vorsichtig eher zu hoch als zu niedrig angegeben worden. So errechnen z. B. in der Unfallversicherung die gewerblichen Berufsgenossenschaften eine Gesamtrentenlast ohne Sonderzulagen von nur 61,2 Millionen Mark (gegen 107 Millionen Mark im Jahre 1913). Da die landwirtschaftliche Versicherung nur einen Bruchteil des Betrags der gewerblichen ausmacht, wird eine Last von 100 Millionen, wie sie die Darstellung für die Unfallversicherung vorsichtshalber einrechnet, tatsächlich gar nicht erreicht werden.

In der Erwerbslosenfürsorge kann man nicht — wie dies die Vereinigung der Arbeitgeberverbände tut — von dem Durchschnittsaufwand für den einzelnen Erwerbslosen in irgend einem Monat ausgehen und dann diesen Aufwand mit der Zahl der Erwerbslosen in irgendeinem anderen Monat multiplizieren. Dieses Verfahren ist schon deshalb abzuweisen, weil der Durchschnittsaufwand für den einzelnen Erwerbslosen sich von Monat zu Monat ändert, je nach der Zusammenlegung der Erwerbslosen aus jugendlichen Erwerbslosen, Hebligen, Verheirateten mit und ohne Angehörige usw. Man muß vielmehr von den tatsächlich aufgewendeten Gesamtsummen ausgehen. Im Reichsarbeitsblatt ist dabei der Aufwand im Monat September als Durchschnitt zugrunde gelegt, der mit 538 000 unterstützten Erwerbslosen besonders ungünstig war und wesentlich über den bisherigen Durchschnitt des Haushaltsjahres liegt. Die dem September vorangehenden Monate wiesen — hierin tritt die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände — wesentlich niedrigere Erwerbslosenzahlen auf, ebenso wie seit dem September die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ganz erheblich nämlich auf 435 000 gefallen ist. Die Rechnung im Reichsarbeitsblatt war also sehr vorfichtig und eher zu ungunsten, wenn sie für Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der Erwerbslosenfürsorge eine Belastung von höchstens 220 Millionen Reichsmark erwarbt.

Die in der Darstellung für die Soziallast ohne knappschaftliche Versicherung gegebene Gesamtziffer von 1510 Millionen Reichsmark besteht also zu Recht. Die von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände genannten 2 Milliarden treffen nicht zu. Wenn die Vereinigung schließlich noch den Versuch macht, den Prozentsatz der sozialen Last zum Volkseinkommen vor und nach dem Kriege einander gegenüber zu stellen, so kann ihr auch hierin nicht gefolgt werden, weil erstens genaue Ziffern über das gegenwärtige Volkseinkommen nicht vorliegen, und weil es zweifelhaft ist, ob die sozialen Lasten mechanisch im Verhältnis des verringerten Volkseinkommens zu werten, so wenig wie dies bei Preisen, Löhnen und Unternehmensgewinnen profitlich möglich ist.

Arbeiterschutz in Preußen.

Die Arbeit des Preussischen Handelsministeriums geht in den letzten Jahren ganz besonders dem Ausbau der Gewerbeaufsicht. Die Sorge um die Gefunderhaltung auch der kommenden Arbeitergenerationen nötigte dazu, die Ausführung aller Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche streng zu überwachen. Insbesondere wurde der Fürsorge für schwangere Arbeiterinnen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Eine aus den Kreisen der Gewerbeinspektoren stammende Frau wurde als Regierungsrätin in das Handelsministerium berufen; Anordnungen wurden getroffen zur genaueren Beachtung des Verbots der Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien und zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes. Die Arbeitsverhältnisse in Betrieben mit besonders gesundheitsgefährlichen Arbeiten wurden untersucht. Zwecks einheitlicher Handhabung der Ausnahmebestimmungen über den Achtstundentag wurden sämtliche von den Regierungspräsidenten und den Gewerbeaufsichtsbeamten auf diesem Gebiete erteilten Ausnahmebewilligungen im Ministerium einer Nachprüfung unterzogen. Als ein besonderer Erfolg für die Gewerbeaufsicht kann die Berufung von Arbeitern und Angestellten zu Hilfsbeamten der Gewerbeaufsicht gebucht werden. Es hat sich bestätigt, daß ihre praktischen Erfahrungen aus dem Berufsleben die Arbeit der technisch vorgebildeten Beamten wirkungsvoll ergänzen.

Neben der auch für die Dampfesselbetriebe zuständigen staatlichen Gewerbeaufsicht sind in Preußen mit den besonderen sicherheitspolizeilich-technischen Überwachungen der Dampfessel die von Dampfesselbesitzern gebildeten Dampfesselüberwachungsvereine betraut. Den mehrfach gestellten Anträgen der bei Kessel-Explosionen in erster Linie gefährdeten Heizer, ihnen eine Mitwirkung bei der Dampfesselüberwachung zu gewähren, gab das Handelsministerium trotz heftigen Widerstandes der Dampfesselbesitzer in maßvollen Grenzen statt. Es werden nunmehr in Uebereinstimmung mit dem Landtage Arbeitsausschüsse für Dampfesselüberwachung zunächst bei den größeren Betrieben gebildet werden, in denen alle Beteiligten die für die Dampfesselüberwachung notwendigen Fragen gemeinsam beraten und fördern sollen. Außerdem werden bei den Vereinen Betriebskontrolleure aus dem Heizerstande angestellt werden, welche die Überwachungsingenieure unterstützen und die Heizer beraten und unterweisen sollen. Diese Gewerkschaftsarbeit wird bei alldem guten Willen zur Beseitigung von Mängeln und Reibungen zwischen den Kesselbesitzern und den Heizern beitragen und die Kesselüberwachung durch soziale Arbeit fördern. Außerdem hat das Handelsministerium zur Festlegung der Stellung der Überwachungsingenieure gegenüber den Vereinen eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen herbeigeführt.

Eine besonders lehrreiche Tätigkeit im Interesse der Gefahren- und Unfallverhütung im Bergbau übte das beim Preussischen Handelsministerium im März 1922 gebildete Gruben Sicherheitsamt aus dem eine Grubensicherheitskommission als beratendes Organ zur Seite steht. Es hat das Errenastoffverbot und die Schleiarbeit neu geregelt. Für die Förderung und die Seilfahrt hat es wichtige Neuerungen angeordnet und zur Vermeidung der schrecklichen Schlagwetterexplosionen ist im westfälischen Steinkohlenbergbau die Einführung der elektrischen traubaren Grubenlampe in Angriff genommen worden. Ein Wettbewerb auf einen Schweißerganzweiser ist ausgeschrieben und zur Bekämpfung des Kohlenstaubes das Gesteinstaubverfahren eingeführt worden. Durch die Einführung von Grubenwehren und Grubenrettungsstellen wird das Rettungswesen ausgebaut und die Unfallverhütung soll durch spezielle Ausbildung der Bergarbeiter und durch die ständige Heranbildung der Betriebsvereine zur Unfallverhütung vervollkommen werden. Durch diese und zahlreiche andere noch beschlossene Maßnahmen hofft das Grubensicherheitsamt die furchtbaren Gefahren des Bergarbeiterberufes soweit als irgend möglich zu verringern.

Der Konflikt im Töpfergewerbe.

Eine Töpferversammlung, die gestern abend in den Residenzgefällen tagte, befahte sich erneut mit dem Vermittlungsangebot der Unternehmer des einen Lohn von 1,15 M. und eine Aufwandsberechnung von 105 Proz. vorlag; die Werkzeugenschädigung sollte mit 2 1/2 Proz. des Tariflohnes bemessen werden. Kenntnis vom Vorgehen teilte mit, daß der Schlichter die Verbindlichkeitsklärung in Aussicht nahm. Nach längerer Aussprache kam die Versammlung schließlich zu dem Ergebnis, an tariflich geregelten Löhnen festzuhalten; mit dem Angebot der Unternehmer konnten sich die Anwesenden nicht einverstanden erklären, vielmehr wurde die Lohnkommission beauftragt, neue Verhandlungen bei den Unternehmern nachzusuchen.

Lohnregelung in der Lederwarenindustrie.

Für die in der Lederwarenindustrie beschäftigten Arbeitnehmer ist ein neues Lohnkommen geschlossen worden. Ein Schiedspruch, der den Stundenlohn in der Spitze von 65 Pf. auf 75 Pf. erhöhte, war von den Arbeitern angenommen worden, während ihn die Unternehmer ablehnten. In nachmaligen Verhandlungen stimmten schließlich die Arbeitgeber doch zu. Der Spruch gilt mit der Maßgabe, daß Arbeiter, die bereits über 75 Pf. Lohn haben, nur eine Erhöhung des Lohns und der Akkordlöhne von 5 Proz. erhalten. Das Abkommen gilt vom 14. November bis zum Ablauf der ersten

Woche im Januar 1925. Eine Versammlung der Branchenangehörigen nahm nach einem Bericht von Blume das Ergebnis an.

Sie schwindeln aus Prinzip.

Man schreibt uns: Dieser Lösung folgt die „Rote Fahne“ in dem Bericht ihrer Nr. 168 vom 26. November 1924 von der Branchenversammlung der Berliner Kanalarbeiter. Darin wird gefordert, daß in der Diskussion kein einziger Redner von der qualitätsvollen Versammlung sich für die SPD. eingelassen hat. In Wirklichkeit haben eine ganze Reihe von SPD.-Genossen ihren Standpunkt unter kürzester Zustimmung der Versammlung dargelegt. Alle Bemerkungen haben dem Genossen Schulte vom ADGB, bei seinem Referat die Worte förmlich vom Munde abgelesen.

Obwohl nur 15 Minuten Redezeit zum Schlusswort gegeben wurden, verlangte ein Kollege, der Kommunist ist, unter Zustimmung der Versammlung, daß Schulte darüber hinaus seine Ausführungen zu Ende bringen könne. Wenig von der SPD.-Zentrale hat die Versammlung dadurch interessiert, daß er darauf hinwies, daß die Kommunisten, ob 300 Mann oder nur 2 Mann als Abgeordnete der SPD. im Reichstag als Vertreter der Arbeiterinteressen vorhanden sind, niemals positive Arbeit leisten wollen und werden. Sie sind nur im Reichstag, um das Parlament zu zerstören. Die Wahl selbst sei nur Herrschaft der SPD.

Die städtischen Arbeiter werden bei dieser Herrschaft am 7. Dezember als Wähler der Sozialdemokratie zeigen, daß sie nichts mit Zerstörern gemein haben wollen.

Schiedspruch im oberbayerischen Bergbau.

München, 26. November. (Eigener Drahtbericht.) Die seit Wochen unter Mitwirkung des Ministeriums für soziale Rüstungen geführten Lohnverhandlungen im oberbayerischen Kohlenbergbau endeten am Mittwoch mit einem Schiedspruch des Landeslichts, in dem der Spitzenlohn für den Seilfahrlöhner von 3,75 M. auf 4,05 M. festgelegt worden ist. Das bedeutet eine Erhöhung des augenblicklichen Schiedslohnes um 8 Proz. Die Stellungnahme der Parteien zum Schiedspruch steht noch aus.

Aus Mussolinien.

Rom, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Tagung der faschistischen Gewerkschaften ging am Mittwoch zu Ende. Man verlangte eine „Synthetisierung“ des gesamten Rates im faschistischen Sinne, versteht darunter allerdings nur die Zusammenfassung der Räte der verschiedenen Wirtschaftsgruppen zu einem faschistischen Großrat.

Die den sozialistischen Gewerkschaften angehörigen Arbeiter Italiens erklärten einen achtstündigen Proteststreik gegen den Abschluß eines Übereinkommens der Arbeitgeber mit den faschistischen Gewerkschaften. Die Arbeiter der Fabrik Bologna in Mailand wurden ausgespart, weil 250 Mann am Montag wegen Nichtzahlung einer verspäteten Lohnzahlung passiven Widerstand geleistet hätten. Die Kinosarbeiter, die bisher nur den faschistischen Gewerkschaften angehörten, gründeten eine eigene neue Organisation unter Anschluß an die sozialistischen Gewerkschaften.

Jugendveranstaltungen.

Jugendsozialistengruppe Friedrichshagen. Heute um 1/8 Uhr im Jugendheim, Ulster Str. 41 V. Vortrag: „Der politische Wille der Jugend“.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Saterhaus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuigkeiten: Dr. John Schifowski; Volatile und Sonstiges: Fritz Ruchardt; Anzeigen: H. Alde; Anstalt in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

6208, 4234

PAUL SCHENCK
REICHENBERGER STR. 30
KÖLN



70.-

Komplett m. 10 cm Seidenschirm & elektrisch 70.- M.
10r Gas 15.-

9.50 8.-

Aus unserer Reklame-Kollektion
Größte Musterausstellung in Berlin.

Sensationell sind meine Konkurrenz billiger Preise

Trauringe trotz

Prämienverteilung bis Ende Dezember, bestehend aus:
Speise- u. Schlafzimmer, Küchen usw.

Die Gegenstände sind ansehnlich bei der Firma Pechner & Prodel, Neue Schönhauser Straße 2. Ferner 10 Barpreise à Mk 10.- kein Preisauschlag, Bedingungen unverändert im Laden
999 gest. Rn: 1 Gr. schwer M. 27.-
535 und 333er Ringe pro Stück von M. 4.- aufwärts

Berlin N., Artilleri-str. 30
Berlin W., Passauer Str. 12

H. Wiese, Juwelier

Auf Teilzahlung in bequemem Patent
kaufen Sie genau so billig wie im Laden die besten und gediezensten

Wintermäntel
Paletots / Ulster

alles in erstklassiger Schneiderarbeit, in der

Roupa Bekleidungsfabrik
Kurze Straße 7 - Aufgang IV

Geschäftszeit 9-7

Leiterwagen
u. alle ander. Transporteräte hier billigst

Großer Vorrat
Georg Wagner
Lopenicker Nr. 71
100 Ladungsmögl.
keine Schaufenster-Reklame, allwissentlich billigere Preise.

ca. 700 St. Ichwesten
Jacken, Rodelgarnit., Jump'r, Schals
Mützen etc. in neuest. Mustern und
richtiger Ausföhr. zum Einzelverkauf
stünd am Lage v. 8.50 bis 12.50 M.
Bleibes Kinderkleidung
zu Originalpreisen. Bitte kommen Sie
vertrauensvoll zu uns; Sie finden das
Richtige. Bruno Richter & Co.,
Fabriklager Thür. Wolfenauer, Berlin-
Pankow, Mühlenstr. 1. Ecke Breite Str.
Geschäftszeit 9-7

Strumpfwaren u. Trikotagen
la. Qualitätsware, große Auswahl
zu billigen Preisen, kaufen Sie bei

Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 220
a d Weichselstraße
Vorzelger dieses Inserats 2%, Rabatt.

Gelegenheit
Reste f. Wintermäntel u. Kostüme.
Sealpüsch, Samt, Krimmer.
Futterseliden u. Halbseide!
bedeutend unter Preis.
Haarpuder, Goltzstr. 2
(Grunewaldstraße)

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der Gesamt-Ausgabe billig!

VOLKSTÜMLICHE TAGE zum Ultimo

Aus unseren billigen Angeboten hier nur einige Beispiele. Unser Lager ist über 30 000 Paar

Damen-Halbschuhe 4 ⁹⁰ Schnür und mod. Spangen . . . 5.90, 6.90, 7.90, 9.80	Kinderstiefel 2 ⁹⁵ 3.50, 3.90, 4.90	Echt Rind-6⁹⁰ boxgüt. Material Kräftiges Spaltleder ohne Vorderkappe
Warme Hausschuhe 1 ⁴⁵ 2.90, 3.90	Warme Kinderschuhe 95 ¹ 1.75, 1.95, 2.95	5⁹⁰
Moderne Luxus-sachen 9 ⁸⁰ Schnür, Pumps, Sandalet od. mod. f. od 2Kreuzspange 12.80, 16.80	Kinderstiefel 3 ⁹⁰ echt braun Fahlleder und schwarz Spall 31 35 4.90, 27-30	Herrenstiefel 8 ⁹⁰ Rund, weiß gedoppelt mit Zwischensohle, mod. Form
Gross-De-Mail Schuh-Lokal Behrndt		Herrenstiefel 12 ⁸⁰ Kräftige Doppelsohlen für Nase und Kälte, prima Fabrikat und Material
Münzstr. 25		Kamelhaarschuhe in großer Auswahl billig!

Frankfurter Allee 54
Kottbuser Damm 13

Ph. Brand & Co. Weingroßhandlung Dönhoff 1200-1201 empfehlen als besonders preiswerter Weinbrand Verschnitt zu M. 2,50 die Flasche, ohne Glas und ohne Steuer zu Diensten